



Auch an diesem Gedenkstein für ZwangsarbeiterInnen auf dem Friedhof Freigrafendamm wird am 8. Mai der Opfer des Faschismus gedacht. Treffpunkt für den Rundgang ist um 17.00 Uhr der Haupteingang, Anlass der Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg.

Regierungen wollen Einschränkung des Meinungsspektrums

Eine größere Anzahl von politischen Organisationen warnt vor der Ausschaltung von Kritik an der Berliner Politik mit Hilfe finanziellen Drucks auf regierungskritische Organisationen.

Der vom Bundesfinanzhof exemplarisch gegen die Organisation Attac verhängte Entzug der Gemeinnützigkeit, den Teile der Regierungsparteien in Berlin und Düsseldorf auch für andere Vereinigungen fordern, könne zu einer ernstesten „Einschränkung“ des Meinungsspektrums führen, warnt zum Beispiel die deutsche Sektion von Transparency International. Zugleich beginnen die Bundes- und mehrere Landesregierungen, Proteste wie die der Schülerrinnen und Schüler für einen besseren Klimaschutz dem Verdacht einer Steuerung durch fremde Mächte auszusetzen. Frankreichs Prä-

sident fordert eine EU-„Agentur für den Schutz der Demokratie“, um angebliche auswärtige „Manipulationen“ zu unterbinden. Der Druck auf Regierungskritiker*innen wird in einer Zeit intensiviert, in der in Berlin und der EU der Kampf um eine führende Stellung in der Weltpolitik (militärisch, ökonomisch, medial) massiv verstärkt wird. Dass in solchen Phasen versucht wird, Kritik im Innern zu unterdrücken oder nach Möglichkeit ganz auszuschalten ist eine historische Erfahrung nicht nur des 20. Jahrhunderts.

Fortsetzung auf Seite 6 und 7

Straftaten von Nazis

Die Anzahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten lag 2018 erneut auf einem hohen Niveau. Die Behörden registrierten unter der Rubrik „politisch motivierte Kriminalität“ von Rechtsextremen im vergangenen Jahr einen Anstieg auf 3.767.

Die meisten Straftaten wurden in Dortmund mit 253 begangen. In Bochum waren es 140, in Essen 133 und in Gelsenkirchen 103.

Unter den Gewaltdelikten machen Körperverletzungen mit 190 Fällen den größten Teil aus. Bei 75 Delikten wurden insgesamt 81 Personen verletzt. Diese „offiziellen Zahlen“ zeigten erneut „die hohe Gewaltbereitschaft der rechten Szene“, so die VVN-BdA.

Unterdessen kommt ein Forscherteam der Ruhr Universität zu dem Ergebnis, dass das Ausmaß rechter Gewalt deutlich höher anzusetzen sei, weil die Polizei meist den Tatverlauf aufzuklären versucht, nicht aber den politischen Hintergrund. Im Herbst 2018 gab die Bundesregierung die Anzahl von 83 Todesopfern durch rechte Gewalt seit 1990 an, so der Leiter des Forscherteams Tobias Singelstein. Demgegenüber ermittelten Opferverbände, Antifa-Initiativen und Journalisten von Tagesspiegel und des Spiegel 169 Todesopfer. Bei weiteren 61 Toten gibt es Indizien für ein rechtes Motiv.

Ku-Klux-Klan

Mit einer Razzia ist die Polizei in acht Bundesländern gegen ein offenbar gewaltbereites Neonazi-Netzwerk vorgegangen.

Bei dem Einsatz gegen die Vereinigung, die sich selbst „Nationalsozialistische Ritter des KuKlux Klan Deutschland“ nennt, sind mehr als hundert Waffen beschlagnahmt worden. In NRW wurde im Kreis Mettmann und im Oberbergischen Kreis durchsucht.

1. Mai 2019: Keine Nazis dulden

Ganz offensichtlich ist »Die Rechte« aktuell bemüht, ihre Aktivitäten über die Grenzen ihrer Hochburg Dortmund hinaus zu erweitern.

Neben der Provokation am 1. Mai will die extrem rechte Partei am Hitler-Geburtstag, dem 20. April, ihren Auftakt zum EU-Wahlkampf in Wuppertal durchführen. Für den 25. Mai ruft »Die Rechte« unter dem Motto »70 Jahre BRD – Wir feiern nicht!« zu einem Aufmarsch nach Duisburg auf. Die NPD will hingegen am 1. Mai in Frankfurt am Main und in Hanau demonstrieren.

Die rechten Parteien treten zu den EU-Wahlen am 26. Mai an und reklamieren für ihre Hetzveranstaltungen den besonderen Schutz politischer Parteien. Aber; überall, wo die Rechten aufmarschieren wollen, haben sich Organisationen und Bündnisse zusammengefunden. Sie wollen die extrem rechten Aufmärsche und Provokationen verhindern. Man werde es in Duisburg keineswegs dulden, »dass ausgerechnet die Nazis versuchen, sich den Teilen der Bevölkerung anzudienen, die unter Armut und Niedriglöhnen leiden und sozial ausgegrenzt werden«, teilt ein Aktivist des antifaschistischen Bündnisses »Duisburg stellt sich quer!« mit. Klar sollte sein, dass man erst recht am 1. Mai gegen Neonazis, Rassismus, Sozialabbau und Krieg auf die Straße gehe.

350 antisemitische Straftaten

In NRW ist die Zahl antisemitischer Straftaten erneut gestiegen. Nach Angaben der Landesregierung stieg die Zahl der judenfeindlichen Delikte von 324 in Jahr 2017 auf 350 im vergangenen Jahr.

Damit setzt sich ein Trend der vergangenen Jahre fort. Im Jahr 2014 erreichten die antisemitischen Straftaten mit 351 einen Höhepunkt, sanken in der Folge nur leicht ab und erreichten 2018 wieder den Höchststand.

Nur in 72 Fällen kam es zu einer Anklage, davon endeten lediglich 48 mit einer Verurteilung.

Die meisten Verfahren wurden eingestellt, weil kein Täter ermittelt werden konnte, teilte die Landesregierung mit.

Chicago 1866:

Der 1. Mai – es begann mit einem staatlich organisierten Massaker

Haymarket Massacre – das war der 1. Mai 1886 in Chicago. Das Großkapital nicht nur in den USA bediente sich des von ihm überall abhängigen und willfährigen Staates, um durch die Polizei streikende Arbeiter erschießen zu lassen.

Der 12-Stunden-Tag mit einem Verdienst von 3 Dollar, die nur für ein mageres Abendessen reichten, aber nicht zum Leben.

Die Demonstrationen gegen die unmenschlichen Lebensverhältnisse der Arbeiter*innen zugunsten des wachsenden Profits des Kapitals lösten neue gezielte Schüsse durch die Miliz aus. Eine unbekannte Anzahl Arbeiter*innen wurde erschossen. Die für den Demonstrationsaufruf Verantwortlichen wurden vor Gericht gestellt und der allgemein üblichen Klassenjustiz ohne irgendwelche Beweise zum Tode verurteilt.

Weltweit gab es Empörung gegen die kapitalistischen Verhältnisse. Der 1. Mai wurde zum Gedenktag an die Massaker in Chicago.

Auch im Deutschen Reich streikten zum Beispiel Anfang 1889 rund 400.000 Arbeiter*innen. Auch hier erstickte das Militär die Streiks. Es gab mindestens 7 Tote. Im Juni 1889 beschloss der Internationale Arbeiter-Kongress den 1. Mai als Gedenktag der Arbeiterklasse jährlich zu begehen (Gründung der II. Internationale).

In der Regel lief dieser Tag nicht friedlich ab. Besonders traurige Berühmtheit bekam in Deutschland der 1. Mai 1929, als die SPD-Regierung jegliche Demonstrationen verboten hatte. Gegen dennoch demonstrierende Arbeiter*innen ließ der SPD-Innenminister die Polizei schießen. Die SPD als Arbeiterpartei hatte seit 1890 immer zu den 1. Mai-Demonstrationen aufgerufen!

Ein besonderes Schurkenstück lieferte der Faschismus an der Macht 1933 – allerdings mit Unterstützung des ADGB. Der 1. Mai wurde zum nationalen staatlichen Feiertag erklärt! Seitdem ist der 1. Mai Feiertag. Der ADGB rief seine Mitglieder zur Teilnahme an diesem „Tag der nationalen Arbeit“ auf. „Zum Dank“ für seine Anpassungspolitik wurde er am 2. Mai verboten, das Gewerkschaftseigentum erhielt die am 10. Mai gegründete faschistische „Deutsche Arbeitsfront“. Aus Arbeitern wurden Gefolgsleute,

die selbstverständlich gehorsam zu folgen hatten. Streiks u.ä. waren ab sofort ausgeschlossen.

Die Gewerkschaften schwankten in ihrer Geschichte meistens zwischen Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, in Deutschland waren sie meist Ordnungsfaktor. Der letzte politische Generalstreik fand 1920 gegen den „Kapp-Putsch“ statt.

Aber auch wenn gegenwärtig unter verschärften Klassenkampfbedingungen nur die Forderung nach einem größeren Stück des doch selbst produzierten Kuchens üblich ist, statt den ganzen Kuchen und die Bäckerei zu wollen, gilt es weiterhin: Hinaus zum 1. Mai! Denn die lohnarbeitende Bevölkerung, und das sind 95%, muss die Rechte offensiv wahrnehmen, die sie noch hat.

Die versteinerten Verhältnisse können nur wir selbst zum Tanzen bringen. „Es rettet uns kein höh’res Wesen, kein Gott, kein Kaiser und Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“

Wolfgang Dominik



Zweisprachiger Aufruf zur Versammlung am 4. Mai. Die zweite Auflage des Flugblatts enthielt die Aufforderung zur Bewaffnung nicht mehr. Quelle: <http://www.chicagohistory.org/had/transcript/exhibits/X000-050/X005000.htm>

Erklärung der FIR zur Europa-Wahl im Mai

Für die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, ihre Mitgliedsverbände in fast allen europäischen Ländern und Israel sowie für die Veteranen des antifaschistischen Kampfes und für die Antifaschisten heutiger Generationen sind diese Wahlen aus mehreren Gründen von großer Bedeutung.

In den letzten Jahren mussten wir oft schmerzhaft erleben, dass die gegenwärtige Politik und Entwicklung der EU nicht den Interessen großer Teile der Menschen in den europäischen Ländern entspricht. Insbesondere die Reaktion auf die Flüchtlingssituation und die finanzpolitische Knebelung einzelner Staaten haben die soziale Spaltung in Europa vertieft. Zahlreiche Entscheidungen führen zu massiver sozialer Ausgrenzung und Abbau von Rechten der Beschäftigten, gehen zu Lasten der Schwächsten der jeweiligen Länder. Zeitgleich wird die Abschottung der „Festung Europa“ massiv verstärkt und der Aufbau einer europäischen Militärmacht für internationale Einsätze vorangetrieben. Dagegen müssen auch im Europäischen Parlament die Stimmen gestärkt werden, die sich für eine demokratische, friedensorientierte, solidarische und sozial gerechte Entwicklung einsetzen.

Außerdem erleben wir in zahlreichen europäischen Ländern einen Vormarsch offen rassistischer, nationalistischer und extrem rechter Parteien und Gruppen. Sie sind nicht nur in nationalen Parlamenten stark vertreten, sondern mittlerweile in mehreren Staaten an der Regierung beteiligt und setzen dort ihre antidemokratische und rassistische Politik um. Die antifaschistischen, antirassistischen und friedensbewegten Organisationen und Gruppen sowie Gewerkschaften, soziale und gesellschaftliche Bewegungen müssen ihre Kräfte bündeln, um solchen Entwicklungen im Wahlkampf und später im Europäischen Parlament engagiert und erfolgreich entgegenzutreten.

Die Grundlage dieses Handelns ist kein Wahlauftritt für eine einzelne Partei, sondern das gemeinsame Eintreten für ein Europa,

- das jeder Form der rassistischen Diskriminierung oder der Fremdenfeindlichkeit entgegentritt,
- das für vergleichbare Lebensbedingungen in allen Ländern eintritt, um Arbeitsmigration, die durch

schlechte Bedingungen erzwungen wird, zu verhindern

- das sich für Flüchtlinge und Minderheiten einsetzt und allen eine menschenwürdige Behandlung garantiert,
- das gegen jede Form von Nationalismus und separatistischen Bestrebungen eintritt und kulturelle Eigenheiten von Minderheiten und Regionen in Europa schützt,
- das sich gegen jegliche Form von Holocaustleugnung, Verfälschung des Widerstandskampfes, Zerstörung von Gedenkorten, Geschichtsrevisionismus und Rehabilitierung von SS-Verbrechern einsetzt,
- das eine soziale Politik gewährleistet, durch die allen Menschen Arbeit, Bildung, Ernährung und eine angemessene Wohnung garantiert wird als Basis für eine wirkliche Demokratie,
- das eine Gemeinschaft im Interesse der Menschen darstellt und deutlich macht, daß Europa nicht auf die Herrschaft von Großbanken und Wirtschaftslobbyisten reduziert werden darf,
- das für eine Friedenspolitik eintritt, die nicht auf hegemonialer Dominanz in der Außenpolitik, sondern auf nichtmilitärischer Konfliktlösung beruht.

Ein solches Europa ist möglich, wenn sich die Völker aktiv und vernehmbar für ihre Interessen einsetzen. Die FIR wird ihren Beitrag dazu leisten, damit die unterschiedlichen politischen Bewegungen und Kräfte gemeinsam auf diesem Weg vorankommen. Ebenso wie die nationalen Mitgliedsverbände sich in ihren Ländern für gesellschaftliche Bündnisse gegen Rechtsentwicklung und für die Verteidigung der antifaschistischen Grundlagen einer Gesellschaft einsetzen, so arbeitet die FIR auf internationaler Ebene auf eine Vernetzung bestehender Initiativen und Bewegungen hin, um gemeinsam als politische Stimme in Europa gehört zu werden.

(Redaktionell bearbeitet)

Nachrichten von Rechts:

Hetze beim Karneval

Die „Steeler Jungs“ nahmen am Karnevalsumzug in Essen-Freisenbruch teil. Auf ihrem Wagen drohten sie mit dem Spruch „Schützt euch vor den Zecken – Helau...die Steeler Jecken“.

„Die ‘Steeler Jecken’ fallen auf“, schreibt eine Lokalzeitung. Dahinter verbergen sich die polizeibekanntes ‘Steeler Jungs’. Die selbsternannte Bürgerwehr patrouilliert seit einigen Monaten in unregelmäßigen Abständen durch den Stadtteil Steele. Die Aufschrift des Wagens ist eindeutig, so die Zeitung. „Eine Drohung an linke Aktivisten, wie dem Bündnis ‘Essen stellt sich quer’, das regelmäßig gegen die Donnerstagsspaziergänge der ‘Steeler Jungs’ demonstriert“. Bisher wurde nicht bekannt ob die Polizei oder Justiz die Vorgänge zum Einschreiten oder zur Strafverfolgung veranlassten.

Bombendrohungen

Nach einer Serie von Bombendrohungen sind am Anfang März Gebäude von Gerichten und einigen Ämtern, darunter das Finanzamt Gelsenkirchen, zwischenzeitlich geräumt worden.

In allen Fällen sei die Drohung per E-Mail eingegangen, bestätigte die Polizei. Einige der E-Mails waren mit „nationalsozialistische Offensive“ oder ähnlichem unterschrieben berichten Zeitungen. Wie berichtet wird sollen die Unterzeichner der Drohschreiben den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern schon mehrfach aufgefallen sein, geschehen sei bisher aber nicht.

NPD „bestreift“ Bochumer Friedhöfe

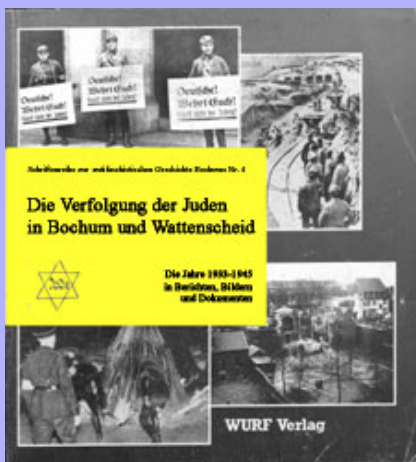
Wie die NPD auf ihrer facebookseite mitteilte und mit Fotos dokumentiert, hat sie in Wattenscheid und auf dem Kommunalfriedhof in Riemke sogenannte „Friedhofswachen“ durchgeführt. Worum es bei solchen fremdenfeindlichen Aktionen geht formulieren die Neonazis so: „Eine Schutzzone ist ein Ort, an dem Deutsche Sicherheit finden können“ und „Dort sollen Recht und Gesetz durchgesetzt werden“. Die Bochumer Polizeipräsidentin wurde schriftlich gefragt ob die Rechtmäßigkeit dieser Aktionen geprüft wurde oder wird.

Gedenktafel

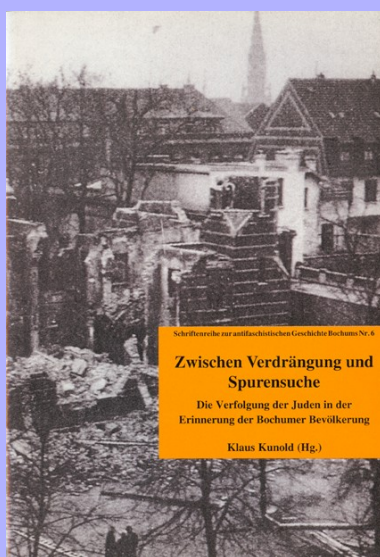
1947 konnte die VVN- Bochum eine erste namentliche Zusammenstellung der Opfer der Faschismus der Stadt Bochum erstellen.

Sie enthält 236 Namen, darunter auch viele Juden, die in Ghettos oder Konzentrationslager starben. Die Ev. Stadtakademie, das Stadtarchiv Bochum und der Verein „Erinnern für die Zukunft“ gaben im Jahr 2000 ein Gedenkbuch heraus.

Noch lieferbar:



Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid – Die Jahre 1933 – 1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten. Heft Nr. 4 in der Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums. 8 Euro.



Zwischen Verdrängung und Spurensuche – Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung. Heft 6 in der Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums. 6 Euro.

Erhältlich: siehe Impressum.

Jüdische Gemeinde:

Neue Stele erinnert an Neubeginn 1945 in Bochum

In strömenden Regen aber unter großer Beteiligung wurde am 14. März eine Erinnerungstafel auf der Brückstraße gegenüber dem Alten Amtshaus eingeweiht.

Die siebte Stele zur jüdischen Geschichte ist dem Neubeginn der Jüdischen Gemeinde Bochum nach 1945 gewidmet. „Mitte 1945 lebten noch 4 Juden in Bochum, 1947 waren es 55“, berichtet Hubert Schneider (Verein Erinnern für die Zukunft, links im Bild). Eine Neugründung der Jüdischen Gemeinde war notwendig geworden. „Das Bewusstsein, die Shoah überlebt zu haben und in einer persönlichen Verantwortung gegenüber der Überlebenden und Toten zu stehen“,

wie es Gründungsmitglied Karl-Heinz Menzel, ausdrückte war ein Anstoß für den Neubeginn.

Die Stadt hatte den rückkehrenden Juden einen Raum im unzerstörten Alten Amtshaus zur Verfügung gestellt, den die Mitglieder der „Jüdischen Religionsgemeinde Bochum“ 1946 zum Betsaal einrichteten.

Ein Zeichen der Hoffnung war es als am 14. Oktober 1947 das Gebäude an der Brückstraße die erste jüdische Hochzeit mit den Überlebenden der Shoa, Ernst Frankenthal und Margot Menzel, erlebte. Zur Stelen-Enthüllung kam auch deren Tochter Ruth Frankenthal, heute Vorsitzende der Christlich-Jüdischen Gesellschaft in Münster.

Das Foto ihrer Eltern samt deren Hochzeitsvertrag sind auf der neuen Stele verewigt. Mit weiteren Darstellungen, Fotos und Dokumenten wird über die wechselvolle Geschichte der jüdischen Gemeinde Bochums informiert.



Einen aktuellen Bezug stellte Manfred Keller, ehemaliger Leiter der Evangelischen Stadtakademie während der Einweihung dar: „Der Antisemitismus war und ist allgegenwärtig“. Er wünschte sowohl von „der Zivilgesellschaft“ aber auch von der zweitgrößten Jüdischen Gemeinde in Westfalen mehr eigenständiges Engagement.

Die Stele sollte eigentlich am authentischen Standort direkt vor dem heutigen Ärzte- und Anwaltshaus stehen, doch der Besitzer, die Bochumer Häuser-Bau wollte dies offensichtlich nicht.

Die VVN erinnert sich gerne daran, dass Sigbert Vollmann, der 1. Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde am 26. September 1946 Mitgründer der VVN-Bochum war und dem Vorstand angehörte. Zeitlebens verfolgte auch Alfred Salomon die Arbeit der VVN mit großem Interesse.

Günter Gleising

vvv-bda-bochum.de

Belgierin sucht in Bochum nach Spuren ihres Urgroßvaters: „Hier hat er gegessen.“

Die Großmutter der jungen Belgierin Linte war 10 Jahre alt, als ihr Vater, Lintes Urgroßvater, in die Gefängnisse und Konzentrationslager des Reiches geriet und nie mehr zurückkehrte.



Urenkelin Linte in Bochum

Das Mädchen kam in ein Waisenhaus. Ihr ältester Bruder meldete sich als Freiwilliger in Deutschland, um der drohenden Zwangsarbeit zu entgehen. Er überlebte, wurde aber später nicht zu den politischen Opfern gezählt. Für alle 10 Kinder des deportierten Firmin-Florin de Riemaecker war dessen Verhaftung wegen antideutscher, kommunistischer Propaganda die größte Katastrophe ihres Lebens.

„Hier hat er gegessen.“, sagt Urenkelin Linte sichtlich erschüttert. Sie besucht den ersten Haftort des Urgroßvaters in Deutschland, das damalige Strafgefängnis, die heutige JVA Bochum. Sie steht an der Außenmauer der „Krümmede“. In ihrem Gesicht spiegelt sich etwas von dem Schrecken, der Trauer, der Bitterkeit ihrer Großeltern, die mit dem Tod des Vaters und Ernährers leben mussten. Linte schrieb einen Brief an die Stadt. In anderen Fällen landete ähnliche Post bei der VVN-BdA. Über das Stadtarchiv erreicht die Anfrage der Belgierin auch mich. In den Sterbebüchern des Archivs ist der Name des Urgroßvaters nicht zu finden. Gefangenenaakten gibt es keine. Am Ende hilft der Internationale Suchdienst aus Bad Arolsen. Der Maurer Firmin-Florin de Riemaecker, geboren am 10.5.1901 in

Nukerke, saß vom 26.9.1942 bis zum 21.5.1943 im Gefängnis Bochum ein. Dann wurde er ins Camp VII der Esterwegener „Moorlager“ verbracht, von dort im März 1944 ins Zuchthaus Groß Strehlitz und ins Außenlager Blechhammer. Hier verliert sich seine Spur für immer. Verfolgt man die Wege seiner Mitgefangenen, dann könnte Firmin-Florent ins KZ Groß-Rosen verbracht worden und bei den Hungermärschen gegen Kriegsende verstorben sein.

Linte will all diese Strafeinrichtungen in Deutschland und Polen besuchen. Vor der Bochumer Anstalt kann ihr berichtet werden von schweren alliierten Luftangriffen auf die benachbarten Stahlwerke und auch von brennenden Gefängnisdächern im Mai 1943.

Das war der Hauptgrund seiner Weiterverlegung. Der erste große Transport heraus aus dem beschädigten Gefängnis Bochum ging für 250 Inhaftierte für einen Tag nach Essen. Firmin-Florent mit der Haftnummer 243/43 war dabei.

Es ist nicht sicher, aber gut möglich, dass der Transport über den Rheinischen Bahnhof Bochum-Nord verlief. Linte spricht mit den Bediensteten des Rangierwerkes. Sie zeigen der Belgierin alte Postkarten des damaligen Personen- und Güterbahnhofs. Am Abend des Tages fährt Linte weiter nach Esterwegen. Sie hofft, im damaligen Strafgefangenenlager den Namen des Urgroßvaters in Listen zu finden und einiges über die Haftumstände zu erfahren. Der weitere Weg wird sie nach Polen führen zu den letzten Schicksalsorten des Urgroßvaters.

Man soll nicht in den alten Geschichten „herumrühren“, sagen einige. Linte rührt nicht herum. Sie will einfach nur wissen, was mit dem Vater ihrer Oma passiert ist. Sie will es bald ihrer 87-jährigen Großmutter erzählen. Ihr hat sie versprochen herauszufinden, was mit Firmin-Florin geschah, wo und wie der Vater der damals Zehnjährigen sein Leben verloren hat.

Alfons Zimmer

BFE: Aufrüstung der Polizei

Nun hat auch die Polizei in NRW die erste Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit – BFE – in Bochum in Dienst gestellt.



Dies geschah in Anwesenheit von NRW-Innenminister Herbert Reul auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei. Es ist die erste von insgesamt 6 dieser bei Antifas – und anderen – als Rambo-truppe bekannten Einheiten, die sich oft durch ihre Brutalität und absoluten Korpsgeist (siehe z.B. G20) auszeichnen. Was für den Minister „ein Meilenstein in der Geschichte der Landespolizei“ ist wird bei den Bürger*innen zu einer Verschlechterung der Demonstrationenfreiheit führen.

Vor 20 Jahren, beteiligten sich Truppen der Bundeswehr an dem Krieg gegen Jugoslawien.

Es war die Regierung aus SPD und Grünen, die deutsche Soldaten in den ersten Angriffskrieg seit 1945 schickten.



Offener Brief

An die
Finanzverwaltung NRW

Sehr geehrte Damen und Herren
Mit Entsetzen habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie in Bezug auf die Erwähnung der VVN-BdA im Landesverfassungsbericht des Freistaats Bayern als angeblich extremistisch die Gemeinnützigkeit laut §51 der Abgabenordnung aberkennen wollen.

Ich nehme an, dass es überflüssig ist, darauf hinzuweisen, dass politische Einschätzungen aus Bayern selten anderweitig geteilt werden. Und so möchte ich daran erinnern, dass beim Empfang in der Gedenkhalle Oberhausen die Bürgermeisterin einladende Worte für die VVN-BdA aussprach anlässlich der Verlegung der Landesgeschäftsstelle von Wuppertal nach Oberhausen.

...

Ich weise darauf hin, dass bereits mit der Androhung des Entzugs der Gemeinnützigkeit ein vermeidbarer Schaden entstanden ist und fordere Sie auf, diese rechtlich nicht haltbare Drohung zurückzuziehen und auf derlei Androhungen künftig zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Oekentorp
Landessprecher der DFG-VK NRW
12.3.2019

Unterstützung von Ver.di

Aus dem Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung heraus fordert die Landesbezirkskonferenz ver.di NRW die Landesregierung NRW dazu auf, die Androhung der nordrhein-westfälischen Finanzämter gegenüber der VVN-BdA sowie mehrerer selbstständiger Kreisvereinigungen, die Gemeinnützigkeit rückwirkend zu entziehen, zurückzunehmen.

Duisburg 15/16. März 2019

Gemeinnützigkeit der VVN-BdA:

NRW-Finanzämter

Anfang des Jahres, pünktlich zum Gedenktag für die Befreiung des KZ-Auschwitz, in gleichlautenden Schreiben damit, dem Landesverband NRW der VVN-BdA sowie Und zwar dies rückwirkend.

Einzig aufgeführte Begründung ist die Erwähnung der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.) in einem Verfassungsschutzbericht, jenem des Landes Bayern. Es gibt nur noch dieses Land, dass die VVN-BdA im VS-Bericht aufführt; es ist jedoch auch dort damit nicht der Entzug der Gemeinnützigkeit verbunden. Nordrhein-Westfalen stünde mit dem Vorgehen gegen die VVN-BdA und dem Entzug der Gemeinnützigkeit einzigartig da. Die Regierung Laschet (CDU) hat offenbar den Anspruch, sich an die Spitze der politischen AntiAntifa zu stellen. Als traditionsreiche und älteste Organisation des deutschen Widerstandes und der Naziopfer fordern wir die sofortige Einstellung der gegen die VVN-BdA gerichteten Maßnahmen. Eine solche konzertierte Aktion hat es in Nordrhein-Westfalen nicht einmal in Zeiten des Kalten Krieges gegeben. In diesen Zeiten stand die VVN zwar im Verfassungsschutzbericht, es wurde ihr aber nicht die Gemeinnützigkeit entzogen.

Die VVN-BdA NRW e.V. kann auf mehr als 70 Jahre der kontinuierlich geleisteten demokratische Erinnerungs- und Gedenkarbeit sowie der Sozialarbeit für die Opfer des Nazismus zurückblicken. Unsere Vereinigung wurde 1947 von den Überlebenden der Konzentrationslager und Mitgliedern des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg, von Verfolgten und Holocaustüberlebenden, ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und aus der Emigration Heimgekehrten gegründet. Darunter waren Vertreter*innen aller demokratischen Parteien, selbstverständlich auch die Kommunist*innen, die laut Institut für Zeitgeschichte 70 Prozent des politischen Widerstandes geleistet haben.

Eine aus der Geschichte gezogene Lehre war und ist für unsere Organisation, überparteilich und konfessionell ungebunden einen antifaschistischen Grundkonsens zu verteidigen. In Artikel 139 Grundgesetz sind die alliierten Bestimmungen zum Verbot der



NSDAP und möglicher Nachfolgeorganisationen und -parteien eindeutig bestätigt. Für dieses und andere Ziele, insbesondere für den Frieden, die Völkerverständigung und die Hilfe für Geflüchtete und Verfolgte setzt sich die VVN seit ihrer Gründung unermüdlich ein. Wir arbeiten engagiert mit im Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, um auch heute noch für die soziale Betreuung der Verfolgten und ihrer Hinterbliebenen zu sorgen. Viele Mitglieder der VVN waren als Zeitzeugen in Schulen, bei Veranstaltungen und auf Kundgebungen gegen Neonazi-Aufmärsche und für den Frieden aktiv. Dies geschah bereits in einer Zeit, da in den Regierungsparteien noch ehemals hohe Nazis mitwirkten.

Besonders erinnern möchten wir an Kaplan Dr. Josef Rossaint (1902-1991), der als katholischer Jugendführer den Widerstand in Düsseldorf und Oberhausen anführte und im weltweit beachteten Katholikenprozess zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilt wurde; er war viele Jahre lang aktiv in der VVN NRW und war Präsident der Bundesorganisation der VVN-BdA.

Die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA ist Esther Bejarano, Überlebende von Auschwitz, hochgeachtete Künstlerin.

drohen mit Entzug

z, drohten nordrhein-westfälische Finanzämter in einer konzertierten Aktion und in mehreren selbständigen Kreisvereinigungen die Gemeinnützigkeit zu entziehen.



Weltkirchenratspräsident Martin Niemöller war ein enger Mitstreiter der VVN. Viele evangelische Geistliche waren Mitglieder der VVN. An der Gründung der VVN in NRW war der Ministerpräsident Rudolf Amelunxen beteiligt.

- Max Reimann, Widerstandskämpfer, Mitglied des Parl.Rates zur Schaffung des Grundgesetzes
- Klara Schabrod, Widerstandskämpferin, Düsseldorf
- Maria Wachter, Widerstandskämpferin, Düsseldorf (in der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf steht ihr Denkmal)

Unser Mitglied Alice Czyborra, geb. Gingold, hat als jüdisches Kind im Versteck in Frankreich überlebt und ist bis heute als Zeitzeugin aktiv.

Angesehene Kommunalpolitiker*innen und Gewerkschafter*innen unseres Bundeslandes wirken in der VVN-BdA mit.

Seit zehn Jahren arbeitet die Gruppe Kinder des Widerstandes mit der VVN-BdA zusammen, um die Erinnerung an ihre Eltern wachzuhalten.

In den einzelnen Kreisverbänden wurde und wird von Überlebenden, in Zusammenarbeit mit Antifaschisten der nachfolgenden Generationen, die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Faschismus und Krieg geführt, Aufklärung über neofaschistische Strukturen und Aktivitäten betrieben, werden Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Faschismus abgehalten; wird im Sinne der Losung »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg« wertvolle ehrenamtliche Arbeit, auch in örtlichen wie landesweiten Bündnissen, geleistet. Unvergessen sind die Reden von VVN-BdA-Repräsentant*innen auf den großen Kundgebungen der Friedensbewegung.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit, vor allem die Friedensbewegung und die Gewerkschaften auf, das Vorgehen gegen die VVN-BdA zu verurteilen und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.

*Landesausschuss der VVN-BdA NRW
Oberhausen, den 25. Februar 2019
Redaktionell überarbeitet*

vvn-bda-bochum.de

EU-Abgeordneter Köster unterstützt VVN

„Nachdem der Bundesfinanzhof in der vergangenen Woche nach Klage von „Attac“ festgestellt hat, dass gemeinnützige Organisationen kein allgemeinpolitisches Mandat verfolgen dürfen, gehen die NRW-Finanzämter dem „Verein der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) an den Kragen und drohen, ihnen die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Als einzige Begründung wird die Nennung des VVN-BdA im bayrischen Verfassungsschutzbericht genannt; wohlgemerkt ist Bayern das einzige Bundesland, dessen Verfassungsschutzbericht den VVN-BdA aufführt, gemeinnützig ist der Verein aber auch dort noch immer.

Dieser Vorstoß in NRW sucht in seiner politischen Symbolik sondergleichen. Die konservativ-neoliberale Laschet-Regierung tritt damit nicht nur das Erbe verstorbener Antifaschist*innen und Überlebender des NS, die vor über 70 Jahren begonnen haben, sich im VVN-BdA zu organisieren, sie verunglimpfen auch das Wirken der letzten Zeitzeug*innen, die sich weit über den Verein hinaus für Erinnerungskultur engagieren und für einen antifaschistischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft kämpfen. Der VVN-BdA leistet einen bedeutenden Anteil antifaschistischer Bildungsarbeit für Frieden und Menschenrechte und einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Betreuung NS-Verfolgter und ihrer Hinterbliebenen. Die Denkmäler von Zeitzeug*innen aus dem Verein stehen überall in der Bundesrepublik.

Ich unterstütze die Resolution des VVN-BdA NRW und fordere die Landesregierung auf, ihre Aktivitäten gegen den Verein umgehend einzustellen. Gerade in Zeiten, in denen rechtes menschenverachtendes Gedankengut wieder Einzug in öffentliche Debatten findet, uns im Supermarkt, im Café, im Klassenzimmer oder Hörsaal ständig begegnet, braucht es Organisationen, die für die unumstößliche Losung „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!“ Aufklärungsarbeit leisten.“

*Dietmar Köster, (Wetter), SPD-
Abgeordneter im Europa-Parlament*



Husemannplatz

Im Zusammenhang mit dem Abriss des Justizzentrums ist geplant, den Husemannplatz neu zu gestalten. Zu dieser Neugestaltung sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bochum aufgefordert worden, eigene Ideen einzubringen.

In diesem Sinn haben sich kürzlich das Bochumer „Bündnis gegen Rechts“ und die VVN-BdA mit Vorschlägen an Bochums Oberbürgermeister, Thomas Eiskirch gewandt.

Fritz Husemann als Gewerkschafter und Mitglied des Reichstags hat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten und Überzeugungen gegen den aufkommenden Faschismus in der Weimarer Republik gewehrt und ist für seine Gegenwehr schon vor und vor allem nach der Machtübertragung an Adolf Hitler brutal verfolgt worden. Fritz Husemann wurde mehrfach verhaftet und am 13.4.1935 in das KZ Esterwegen eingeliefert, erlitt dort vom SS-Wachpersonal schwere Schussverletzungen und verstarb am 15.4.1935 im Krankenhaus von Sörgel.

In besonderer Anerkennung des christlichen, kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandes gegen das Naziregime fasste 1947 der Rat der Stadt Bochum den Beschluss drei markante Bochumer Plätze nach Heinrich Imbusch, Karl Springer und Fritz Husemann zu benennen.

Wenn jetzt an die Neugestaltung des Husemann-Platzes gedacht wird, ist es für uns von außerordentlicher Bedeutung, dass die Erinnerung an Fritz Husemann erhalten bleibt. Es darf also keine Änderung des Namens geben und auch keine Abänderung der Erinnerungszeilen am Parkhausgebäude. Je sichtbarer der Erinnerungsort für Fritz Husemann in Zukunft wird, umso weniger kann er durch kommerzielle Veranstaltungen übersehen und verdrängt werden. Zu einer Aufwertung des Gedenkortes für Fritz Husemann gehört die von unseren Organisationen immer wieder erhobene Forderung, diesen Platz nie mehr für den Aufmarsch oder Veranstaltungen „populistischer“ oder neofaschistischer Parteien zur Verfügung zu stellen.

Es ist eine Aufgabe und Verantwortung der Stadt Bochum die eigene Geschichte und die Erfahrungen mit der Hitler-Diktatur wach zu halten.

Bild rechts: Gedenkort für Fritz Husemann

Keine Anerkennung für Mehrheit ehemaliger Kriegsgefangener

Trotz intensiver Bemühungen des Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. erhält die Mehrzahl der noch lebenden ehemaligen russischen Kriegsgefangenen in Kasachstan keine finanzielle Anerkennung für das erlittene Unrecht.

Und das nicht etwa, weil es keine Beweise für ihr Schicksal gäbe, sondern weil sie zu spät von der Aussicht auf eine „Anerkennungsleistung“ aus Deutschland erfuhren. Diese Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro wurde von der Bundesregierung im Jahr 2015 – 70 Jahre nach Kriegsende – auf den Weg gebracht. Zugleich wurde die Möglichkeit zur Antragstellung durch eine Frist zeitlich begrenzt.

Ganze 67 Anträge aus Kasachstan waren beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) fristgerecht eingegangen, obwohl es dort noch mindestens doppelt so viele Überlebende der deutschen Kriegsgefangenschaft gibt. Ende 2018 war der Bundesverband auf 114 ehemalige Kriegsgefangene in Kasachstan aufmerksam geworden, die erst nach Ablauf der Frist von der Möglichkeit einer Antragstellung erfahren hatten. Die Bemühungen des Bundesverbands, das Bundesfinanzministerium zu einer empathischen Lösung für das Problem der Fristversäumnis zu bewegen, liefen

ins Leere. Dabei ist es angesichts der überschaubaren Zahl potentieller Antragsteller unverständlich, dass überhaupt eine Frist gesetzt wurde.

Von den 5,7 Millionen Soldaten der Roten Armee, die von deutschen Truppen gefangen genommen wurden, starben 3,3 Millionen in der Gefangenschaft. Sie wurden ermordet oder zu Tode gearbeitet, verhungerten, oder starben an Seuchen. Heute geht man von höchstens 4.000 noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen aus. Eine Entschädigung für die geleistete Zwangs- oder Sklavenarbeit blieb den wenigen Überlebenden der deutschen Kriegsgefangenschaft zeitlebens verwehrt.

„Angesichts dieser Zahlen und des äußerst bescheidenen Umfangs der so genannten Anerkennungsleistung ist es beschämend, wenn man sich nun auf eine willkürlich gesetzte Befristung für die Antragstellung zurückzieht“, sagt Dr. Jost Rebentisch, Geschäftsführer des Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. „Mit der

Aufhebung der Antragsbefristung würde man einen Fehler beheben, der so niemals hätte gemacht werden dürfen.“ Eine entsprechende Forderung war bereits Anfang 2017 von der Linksfraktion im Bundestag erhoben worden, als sich abzeichnete, dass die Antragsstellungen weit hinter den Erwartungen zurückblieben. Die damit verbundenen Kosten wären sehr überschaubar. So aber bleibt der Eindruck, als wolle man an dem ohnehin sehr geringen zur Verfügung gestellten Volumen durch Beharren auf einer inhumanen Fristregelung auch noch zusätzlich sparen.



Keine Chance für Erich Ohser:

Vor 75 Jahren nahm sich der Karikaturist in einer Berliner Gefängniszelle das Leben

„Vater und Sohn“ bringen seit Jahrzehnten nicht nur Väter und Söhne zum Schmunzeln. Als Gute-Nacht-Geschichten sind die Karikaturen bestens geeignet und zum Einfach-so-Anschauen auch.

Bis in Schulbücher hinein haben sie es geschafft. Nur vom Vater von „Vater und Sohn“ weiß man wenig.

Erich Ohser heißt er. Politische Karikaturen in der SPD-Zeitung „Vorwärts“ von 1929-1933 brachten ihm unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ein Berufsverbot ein. Über den Umweg eines Wettbewerbes in einer Berliner Illustrierten erarbeitete er sich eine neue Chance. Die Vater-Sohn-Karikaturen waren geboren. Ohser enthielt sich darin jeglicher politischer Stellungnahmen. Unterzeichnen durfte er nur mit dem Pseudonym „e.o.plauen“. Das steht für die Anfangsbuchstaben seines Namens und für seinen Heimatort im Vogtland.

Ohser's berühmter Freund Erich Kästner sagte später, der Karikaturist habe mit einem Minimum an Zugeständnissen das braune Reich überdauern wollen. Er habe gehofft, dass es irgendwie gut geht, aber es sei nicht gut gegangen. Ohser lieferte schließlich Karikaturen über die deutschen Kriegsgegner für eine NS-Zeitung. Von ihm geforderten antisemitischen Karikaturen konnte er sich mit Geschick verweigern.

Was er wirklich über das Terrorregime dachte, besprach er in einem Luftschutzbunker mit seinem Freund und Verleger Erich Knauf. Sie verspotteten die NS-Führung. Ohser beschuldigte Goebbels, er habe die Kunst in Deutschland zugrunde gerichtet. Nachbarn denunzierten beide. Sie kamen in Haft. Goebbels drängte auf rasche Aburteilung. Wenige Tage später schon, am 6. April 1944, spricht der Volksgerichtshof unter Vorsitz Freislers das Todesurteil aus – für Erich Knauf.

Erich Ohser kam dem zuvor. Am frühen Morgen des Prozesstages nahm er sich das Leben. Ein Wachtmeister fand ihn, erhängt am Zellengitter. Im



Abschiedsbrief vom 5.4. klagte er an: „Sie können stolz sein, der Mörder des Vaters von ‘Vater und Sohn’ zu sein. So wahr mir Gott helfe, dieser Unrat von Anklage ist erlogen. Aber ich kenne die Methoden des deutschen Volksgerichtshofes und weiß, dass ich nicht entkomme.“

Vier Wochen später wurde sein Freund Erich Knauf im Zuchthaus Brandenburg-Görden enthauptet. Dort starben durch das Fallbeil auch viele in Bochum inhaftierte politische Gefangene. Eine Woche vor Knaufs Tod floss an derselben Stelle das Blut des Sauerländer Franziskanerpaters Kilian Kirchhoff auf die weißen Kacheln. Er hatte einer jüdischen Familie bei der Ausreise helfen wollen. Auch die Bochumer Kommunisten Moritz Pöppe und Johann Schmitz starben dort, ebenso der in der Gelsenkirchener SPD aktive Alfred Zingler und viele mit ihm in Bochum inhaftierte vor allem belgische Résistance-Häftlinge.

Erich Ohser's letzte Gedanken galten Frau und Sohn. „Mach aus ihm einen Menschen. Ich gehe mit glücklichem Lächeln.“ Trotz dieses traurigen und ernsten Hintergrundes dürfen die Betrachter der Karikaturen bis heute schmunzeln und lächeln über den schelmischen Jungen und seinen glatzköpfigen ebenso schelmischen, Kind gebliebenen Vater mit seiner schwarzer Weste und seinem großem Herzen.

*Alfons Zimmer
Pastoralreferent JVAen Bochum*

Bochumer Verein:

Buch über ein KZ in Bochum vorgestellt

Im Stadtarchiv/Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte wurde am 21. Februar 2019 das von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. Kreisvereinigung Bochum herausgegebene Buch „Ein Bochumer Konzentrationslager – Geschichte des Buchenwald-Außenlagers des Bochumer Vereins“ vorgestellt.

Es scheint vergessen zu sein, dass in Bochum im Sommer 1944 ein Außenlager des KZ-Buchenwald aufgebaut wurde. Im Rahmen der faschistischen Doktrin des „totalen Krieges“ sollte die Rüstungsproduktion des Bochumer Vereins gesteigert werden. Direktoren des Bochumer Vereins waren an der Planung ebenso wie an der Auswahl von KZ-Häftlingen beteiligt. Das Lager an der Kohlenstraße kurz vor der Eisenbahnunterführung, wurde von der SS geführt, war mit Elektrozäunen und Wachtürmen gesichert. Bis zum März 1945 mussten in den nahegelegenen Hallen die meist jüdischen Häftlinge Granaten und Bomben fertigen. 12 Stunden am Tag bei schlechter Ernährung, vielen Krankheiten, ungenügenden hygienischen Bedingungen, überfüllten KZ-Baracken und ohne Bunkerschutz bei Luftangriffen.



Die Autorin Ingrid Wölk und die Autoren Wolfgang Dominik, Günter Gleising und Hubert Schneider bearbeiten in sieben Aufsätzen Themen wie die Stellung des Bochumer Vereins im System der Zwangsarbeit, die Verbrechen der Wehrmacht und der SS, die Geschichte des Bochumer KZ-Außenlagers und Schicksale von KZ-Häftlingen. Dass die Geschichte um das KZ-Außenlager nach der Befreiung von Faschismus und Krieg noch nicht zu Ende war, wird in dem Kapitel zur Auflösung und Nachkriegsgeschichte bearbeitet.

Stadtrundgänge der VHS – In Kooperation mit VVN-BdA Bochum

Jüdisches Leben vor, während und nach dem Faschismus in Bochum

Kursnummer: 12005

Beim Stadtrundgang durch die Innenstadt soll an etlichen Plätzen, Gebäuden, Stelen und Stolpersteinen auf Diskriminierung, Verfolgung, Flucht oder Deportation und Ermordung jüdischer Bochumer*innen hingewiesen werden. Es soll den Fragen nachgegangen werden: Wie viele jüdische Bürger*innen in Bochum gab es eigentlich vor dem Faschismus? Was wussten die Bochumer*innen vom Schicksal ihrer jüdischen Nachbarn ab 1933? Wer profitierte von der Verfolgung der jüdischen Mitbürger*innen? Welche Etappen der antijüdischen Maßnahmen gab es in Bochum? Welche politischen und religiösen Vorurteile machten den antijüdischen Terror möglich? Warum gab es so wenig Widerstand? Wie ist eigentlich auch in Bochum mit den wenigen Überlebenden umgegangen worden? Sind solche rassistischen und antisemitischen Exzesse auch heute denkbar? Der Stadtrundgang soll auch gegen den wachsenden Rassismus und Antisemitismus sensibilisieren.

Termin: So. 07.04.2019

Uhrzeit: 14:00 - 16:15 Uhr

Dozent: Dominik, Wolfgang

Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke

Kosten: 5,00 Euro

Bochum im Faschismus

Kursnummer: 12003

Die Übergabe der politischen Macht an die faschistische Regierung und ihre Folgen, Massenaufmärsche und Propaganda, Gleichschaltung und Terror, Verfolgung und Vernichtung der politischen Gegner, der Bochumer Juden und anderer Personengruppen lassen sich am Schicksal einzelner Menschen und im Alltag einer Stadt an vielen Orten erfahrbar machen. Beim Rundgang durch die Bochumer Innenstadt soll ein Einblick gegeben werden, was Alltag unterm „Hakenkreuz“ für die Menschen, die hier lebten, bedeutete. Einige Stolpersteine auf dem Rundgang weisen heute auf das Schicksal ermordeter Bochumer hin.

Termin: So. 05.05.2019

Uhrzeit: 14:00 - 16:15 Uhr

Dozent: Niggemann, Michael

Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke

Kosten: 5,00 Euro

Satire:

„Liebe Linksradikale“,

ihr ahnt das ja nicht, weil ihr aus uns unerfindlichen Gründen grundsätzlich der immerhin ganz demokratisch vom Volk gewählten Obrigkeit misstraut. Aber diese Obrigkeit macht sich Gedanken, wie sie euch vom Leiden „Linksradikalismus“ erlösen kann.

Irgendwann hat unser NRW-Innenminister eine Art Wettbewerb ausgerufen, auf Plakaten euch einen attraktiven Ausstieg aus der Szene anzubieten. Das Sieger-Plakat wurde mit 2.000 Euro prämiert. Es zeigt einen von euch, Steine schmeißend: Dazu der Text: „Wir sind friedlich, was seid Ihr?“ Also mit „Ihr“ seid ihr gemeint. Sieger wurde ein Burschenschaftler der laut Wikipedia pflichtschlagenden Burschenschaft „Teutonia“ Aachen. Die bieten auf ihrer Homepage alles das an, was ihr wohl neidisch betrachtet: Haus mit Pool, Sauna, Sky... Ja, wir leben in der Neidgesellschaft! Ihr reagiert wohl aus verständlichem Neid aggressiv auf die, die etwas leisten. Denn in einer Leistungsgesellschaft leben wir auch. Wärt ihr in der Schule fleißiger gewesen, dann wärt ihr auch im Leben weiter gekommen! Die Chancen hättet ihr ergreifen können, stattdessen habt ihr zu Steinen gegriffen. Alle Menschen sind gleich! Auch ihr hättet frühzeitig, wie das führende Politiker*innen immer vorschlagen, eine (oder mehrere) Eigentumswohnungen erwerben können und euch Aktien zulegen können, um den sozialen Aufstieg nicht zu verpassen. Dabei hätten euch dann die „alten Herren“ der Burschenschaft geholfen. Burschenschaften gibt es an jeder Uni! Noch ist es nicht zur spät! Abitur könnt ihr am Abendgymnasium, in Bochum Weiterbildungskolleg, nachholen. Uni und Burschenschaften habt ihr praktisch vor der Haustür. Eure tief verwurzelten

Aggressionen könnt ihr loswerden, indem ihr anderen sogar mit Säbel oder Degen ins Gesicht haut! Was wollt ihr mehr? Bier gibt es dauernd in ordentlichem Ausmaß! Und die Mädels unter euch? In Bochum gibt es keine Burschenschaft, die euch außer fürs Vergnügen haben will. Aber es gibt einen Boxverein in Bochum, der auch Frauen Boxen anbietet. Da könnt ihr anderen so richtig die Fresse polieren – wie „man“ im Ruhrgebiet so schön sagt. Dann braucht auch ihr keine Steine mehr werfen! Und heiraten könnt ihr einen Burschenschaftler! Die suchen immer Frauen zum Kindergebären. Und ihr habt dann eine schöne Aufgabe zu Hause und könnt neue Burschenschaftler aufziehen. So nehmt ihr auch am sozialen Aufstieg teil und leistet etwas und braucht nicht mehr neidisch zu sein und kleidet euch adrett und duscht jeden Tag – genau wie eure Männer. Die tragen dann meist weißes Hemd und Krawatte und nicht eure bisherigen Trash-Klamotten.

Es steht wohl noch nicht fest, ob das Innenministerium auch Burschenschaftler oder deren „alte Herren“ einsetzt, um euch den Ausstieg aus eurem Linksradikalismus zu ermöglichen. Aber unsere Obrigkeit hat auch anderes genau dafür qualifiziertes Personal!

Bei Fragen wendet euch an euren „Beratungsdienst ‘Ausstieg aus dem Linksradikalismus‘“.

Wolfgang Dominik



**Auch in diesem
Jahre wurde
am anti-
faschistischen
Denkmal in
Bochum Werne
an die Opfer
des Kapp-
Putsches und
der Wider-
standskämpfer
erinnert.**

Ein Kanzlerkandidat lauert auf seine Chance

Viele politische Beobachter glauben nicht, dass Merz nach seiner äußerst knappen Nicht-Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden mir nichts dir nichts zu seinen zahlreichen Geschäften in und für das Finanzkapital zurückkehrt.

Doch, das tut er auch. Aber BlackRock und andere lukrative Geschäfte müssen nicht ruhen, um schon am 10.1.2019 praktisch zu einem Kandidaten für die Nachfolge Schäubles ernannt zu werden. Sicher qualifizieren u.a. BlackRock und der Vorsitz der Atlantik-Brücke dazu: Denn wenn Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) Merz zu einem Berater in die CDU-Expertenkommission zur sozialen Marktwirtschaft, also für Wirtschafts- und Finanzpolitik beruft und gleichzeitig für den Themenbereich „Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ dann lässt das für die große Mehrheit der Lohnabhängigen Schlimmes ahnen. Inzwischen ist er auch noch Vizepräsident des CDU-Wirtschaftsrates, der 12.000 sog. Unternehmer*innen vertritt. Die Gewerkschaften vergleicht er mit Fröschen, die man nicht fragen darf, wenn der Sumpf ausgetrocknet wird. Der Sumpf sind die letzten Mitbestimmungs- und Streikmöglichkeiten, die angeblich den Unternehmer*innen dauernd ins Handwerk pfuschen. Merz kennt die Alternative für die Armen und Leiharbeiter*innen und Lohnabhängigen: Einfach Aktien kaufen, um so ihren Lebensstandard erheblich zu heben und gleichzeitig fürs Alter vorzusorgen. Er definiert sich selbst als Angehörigen der gehobenen Mittelschicht, zu der auch bestimmte Lehrer*innengruppen, Angestellte, Professor*innen und Ärzt*innen gehören. Da ich selbst auch studierter Soziologe und Lehrer bin, kann ich das nur als eine völlige Irreführung bezeichnen. Ich hätte nie gewusst, wovon ich z.B. wie Merz 2 Flugzeuge hätte kaufen und unterhalten sollen. Selbst einen Flugschein hätte ich wohl kaum so nebenbei bezahlen können. Aber gut, ich habe auch nicht zahlreiche hoch dotierte Aufsichtsratsposten, zu denen ich dann hätte jetten müssen. Und Aktien habe ich auch nicht gekauft. Wovon denn? (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/friedrich-merz-warum-er-nicht-zur-mittelschicht-gehört-a-1238635.html>)

Die einkömmlichen Posten hat Merz wohl vom Aktienkauf?

Das deutsche und internationale Kapital weiß, dass Leute wie Merz mit ihren vorzüglichen Verbindungen zur größten deutschen besonders kapitalfreundlichen Partei nicht ganz billig sind. Wenn Merz was von vielleicht 1 Million Euro Jahreseinkommen erzählt, müsste „man“ wohl nachfragen, ob das einer der vielen Jobs fürs Kapital bringt (s. den Link oben). Was die CDU (oft genug in trauter Zusammenarbeit mit der früher mal Arbeitnehmerpartei genannten SPD) an sozialen Grausamkeiten geleistet hat und leistet, sieht „man“ an vielen Millionen armen Kindern und Hunderttausenden, die sich an „Tafeln“ ernähren, also von den Brocken leben, die vom Tisch der Reichen fallen. Deswegen gibt Merz ja auch den guten Tipp, dass sich die Millionen Armen Aktien kaufen sollen. Gleichzeitig meint er, 132 Euro als Hartz IV reichen zum Leben aus.

Dass Merz wahrscheinlich nicht während der nur noch kurzen Amtszeit Angela Merkels Minister wird, ist wohl zu glauben, wäre gegenwärtig für das Image wohl auch nicht empfehlenswert. Aber wer Kanzlerkandidat(in) wird, bleibt abzuwarten. Auch eine Kanzlerin AKK käme nicht ohne Merz aus; die mächtigen „Wirtschafts“verbände der CDU fordern noch mehr Sozialabbau. Auch wenn Merz nur der Strippenzieher des Kapitals nicht ganz auf offener Bühne bleiben sollte, wird er seine „Wirtschafts“politik voranbringen. Die Macht des Kapitals und ihrer Cheflobbyisten ist allemal größer als ihre jeweilige(r) Kanzlerdarsteller(in). Das beweist das Kapital tagtäglich nicht nur im kapitalistischen Deutschland.

Wolfgang Dominik

Stadtrundgänge der VHS – In Kooperation mit VVN-BdA Bochum

Alle Räder rollen für den Sieg – Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Bochum

Kursnummer: 12004

Viele Bochumer Betriebe mussten spätestens mit Beginn des 2. Weltkriegs ihre Produktion auf kriegswichtige Güter umstellen. Im Verlauf des Krieges wurde die Kriegsproduktion nur mit dem zahlreichen Einsatz von Zwangsarbeitern aufrechterhalten.

Beim Rundgang durch Stahlhausen und entlang des Westparks soll am Beispiel des Bochumer Vereins – einem NS-Musterbetrieb und einer der größten Rüstungsschmieden im Deutschen Reich – ein Eindruck von Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Bochum vermittelt werden.

Es soll den Fragen nachgegangen werden, woher eigentlich die Zwangsarbeiter*innen kamen, wo und wie sie in Bochum lebten und wie dort die Lebensbedingungen waren, wie sie von Arbeitskolleg*innen und von der Bochumer Bevölkerung behandelt wurden.

Beim Rundgang kommen wir am Ort eines großen Lagers für Zwangsarbeiter*innen, an einigen Stolpersteinen sowie an der ehem. Bombenfabrik vorbei.

Termin: So. 07.07.2019

Uhrzeit: 14:00 - 16:15 Uhr

Dozent: Dominik, Wolfgang

Treff: Gewerkschaftshaus, Alleestr. 80

Kosten: 5,00 Euro

Die Kortumstraße 1944



Weitere Infos zu Artikeln und Broschüren unter vvv-bda-bochum.de

Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht



Am 15. Januar erinnerten in Dortmund Mitglieder der VVN-BdA, der Gewerkschaften und der DKP an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 100 Jahren. Nach dem Treffen an der U-Bahn-Haltestelle „Karl Liebknecht“ führte ein Gedenkweg zur Rosa-Luxemburg-Straße. Mit Reden; Liedern und Rezitationen wurde an die charismatischen von Soldaten Ermordeten erinnert.

Impressum

Herausgeberin: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum (VVN-BdA)

V.i.S.d.P.: Günter Gleising, 44795 Bochum.

Druck: druckhaus Bochum

Bankverbindung: Sparkasse Bochum:
IBAN: DE21 4305 0001 0046 3097 46,
BIC: WELADED1BOC

Mitglied im Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Information, Kontakt und Bestellungen:

Internet: www.vvn-bda-bochum.de
eMail: info@vvn-bda-bochum.de

Ostermarsch 2019

Die atomare Apokalypse droht. Die Aufkündigung des INF-Vertrages zunächst durch die USA bedeutet wahrscheinlich ein ungehindertes Wettrüsten. Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 2.500 km bedeuten, dass Europa zum nuklearen Schlachtfeld wird.

Die Situation von 1979, als die NATO genau mit der Stationierung dieser Raketen in Mitteleuropa – von der NATO propagandistisch „Nachrüstung“ genannt – wiederholt sich. Der Ostermarsch will gegen diese drohende Kriegsgefahr demonstrieren.

Der Kriegsetat in Deutschland soll in den nächsten Jahren verdoppelt werden. Angeblich dient das der Abschreckung. Aber: Jede Abschreckungspolitik hat bisher zum Krieg geführt.

Schon bisher frisst die Kriegsrüstung Deutschlands das Geld für Schulen, Sozialsysteme, Krankenhäuser, Alterssicherung. Das wird in Zukunft weiter zunehmen. Der Hunger der Rüstungskonzerne ist unersättlich. Neofaschistische Parteien profitieren davon und wirken als Lokomotive, die die anderen Parteien hinter sich herziehen. Waffenexporte steigern die Zahl der Flüchtlinge, die mit unmenschlichen, auch militärischen Mitteln auch von Deutschland zum Verhungern in der Wüste oder zum Ertrinken im Mittelmeer gezwungen werden.

Die NATO und damit auch Deutschland ist für zahlreiche Völker-

rechtsbrüche in den letzten Jahren verantwortlich.

Soll das so weitergehen, bis der große und letzte Krieg in Europa endlich da ist? Die Atomuhr, die 1979 auf 5 Minuten vor 12 stand, ist nach Berechnungen unabhängiger Wissenschaftler*innen auf 2 vor 12 gerückt.

Die wichtigsten Daten des Ostermarsches in Bochum: Ostersonntag (21.4.) kommen die OMA-Fahrradfahrer*innen um ca. 13.00 Uhr an der Friedenskirche in WAT an. Dort werden sie begrüßt und angefragt als Rednerin ist Michele Winkler (Bündnis Polizeigesetz NRW stoppen). Dann geht es über Herne und Riemke zur Schlusskundgebung bei ver.di, Universitätsstraße 76. Dort werden sprechen: Christoph Marischka (Informationsstelle Militarismus) und Mohamed Bangoura (Voix des Sans Voix, deutsch: Stimme der Stimmlosen) zum Thema „Gefährliche Fluchtwege und Migrationsbekämpfung in Westafrika“.

Es wird dort auch Essen und Getränke sowie Büchertische (auch von der VVN-BdA) geben.



„Verstorben im Gerichtsgefängnis in Bochum“, steht auf dem Straßenschild in der niederländischen Stadt Gauda.

Victor Henri Rutgers gehörte dem Widerstand gegen die deutsche Besatzung an und war Vertrauensmann der niederländischen Exilregierung. 1943 verhaftet und in das Bochumer Gefängnis („Kümmede“) eingeliefert starb er am 5. Februar 1945, von Erschöpfung und Misshandlung gezeichnet, in Bochum.